

USA

DIE RECHTE INDIGENER VÖLKER UND DER LITHIUM-BOOM IN NEVADA

EINE NEUE STUDIE VON AMNESTY INTERNATIONAL STELLT EINEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN GENEHMIGTEN LITHIUM-PROJEKTEN UND DEN VERLETZUNGEN INDIGENER RECHTE IN NEVADA HER.

Wie Amnesty International in dem Bericht *„We're here to protect Mother Earth: Indigenous Rights and Nevada's Lithium Boom“* zeigt, verstößt die US-Regierung gegen internationale Menschenrechtsstandards, indem sie den Bau neuer Lithium-Minen ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) der betroffenen Indigenen Völker vorantreibt und damit deren Kultur, Gesundheit, Wasser und Umwelt gefährdet.

Dabei handelt es sich um drei große Lithium-Abbauprojekte: die Thacker-Pass- Lithium-Mine des kanadischen Unternehmens Lithium Americas, die sich bereits im Bau befindet, das Nevada-North-Lithium-Project und das Rhyolite-Ridge-Lithium-Boron-Project. Lithium Americas und das australische Unternehmen Ioneer sind die beiden treibenden Kräfte hinter dem Lithium-Boom in Nevada – unterstützt von international agierenden Investoren.

Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Lithium, die durch die Energiewende und den raschen Ausbau von Rechenzentren für künstliche Intelligenz (KI) vorangetrieben wird, hat sich Nevada zu einem wichtigen Zentrum für den Lithium-Abbau entwickelt. Der Bundesstaat verfügt über rund 85 % der bekannten Lithium-Reserven in den USA. Zwar ist derzeit nur eine Lithium-Mine in Betrieb, doch das Ausmaß und Tempo der geplanten Expansion sind beeindruckend: Bis September 2024 waren landesweit mehr als 23.500 aktive Lithium-Schürfrechte registriert worden.

Die Gewinnung und Verarbeitung von Lithium in der trockenen Hochwüste Nevadas birgt erhebliche Umweltrisiken – darunter Grundwasserverknappung, Kontamination und Verlust der biologischen Vielfalt – mit unverhältnismäßigen Auswirkungen auf die Menschenrechte wie Wasser, Gesundheit, Kultur sowie eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt.

„Im Wettlauf um sogenannte kritische Mineralien beschleunigt die derzeitige Trump-Regierung die Erteilung von Bergbaugenehmigungen, schwächt jedoch gleichzeitig die Umweltaufsicht und treibt die Rohstoffgewinnung auf Kosten der Menschenrechte und des Umweltschutzes voran. Es spiegelt eher die Prioritäten der Politik und Industrie wider als das, was die Gesellschaft wirklich braucht. Angesichts des anhaltenden Lithium-Booms ist es an der Zeit, den Rechten der Indigenen Völker Vorrang einzuräumen.“

Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International.

„WIR WURDEN EINFACH ÜBERGANGEN“

Im Rahmen der Studie sprach Amnesty International zwischen August 2025 und März 2026 mit 20 Angehörigen Indigener Völker, Mitgliedern der Tribes und führte vor Ort Besichtigungen in den Gebieten des Thacker-Pass- und des Nevada-North-Lithium-Projekts durch. Die Researcher*innen führten zudem mit 11 Personen, die von den geplanten Projekten auf ihrem angestammten Land betroffen sind, ausführliche Online-Interviews. Viele sagten, dass sie sich von der US-Regierung übergangen fühlten.

Shelley Harjo, ein Mitglied des Fort McDermitt Paiute und Shoshone Tribes, der von der Thacker-Pass-Mine betroffen ist, sagte: *„Zustimmung spielt hier keine Rolle. Es gab nie eine echte Zustimmung*

seitens der Gemeinschaft. Wir wurden einfach übergangen. Unser Tribe ist finanziell verarmt, ich habe das Gefühl, dass man uns ausgenutzt hat – weil wir so naiv waren und nicht wussten, was damals wirklich vor sich ging.“

„DIE MINE WIRD UNSERE HEIMAT, UNSERE LEBENSWEISE ZERSTÖREN“

Shelley Harjo

Für Dorece Sam Antonio, eine direkte Nachfahrin von Ox Sam – einem der drei Überlebenden des Massakers am Thacker-Pass im Jahr 1865 – ist dies ein schwerer Schlag für ihre Gemeinschaft und ihre Vorfahren. Sie ist eine führende Persönlichkeit des von Indigenen 2023 gegen die Mine organisierten Gebetscamps.

FORTSETZUNG HISTORISCHEN UNRECHTS

Der Lithium-Boom in Nevada findet in Gebieten statt, die viele Indigene Völker als angestammte Territorien betrachten und die für ihre kulturelle Identität, Spiritualität und ihren Lebensunterhalt von zentraler Bedeutung sind. Obwohl die USA einen Großteil dieses Landes als „öffentliches Land“ einstufen, ist diese Bezeichnung das Ergebnis einer langen Geschichte der Landenteignung durch den Siedlerkolonialismus – geprägt durch Enteignung, Zwangsumsiedlung und das Ersetzen indigener Verwaltungssysteme durch staatliche Kontrolle.

Nach internationalen Menschenrechtsstandards wird ein Großteil dieser Territorien als Eigentum indigener Völker anerkannt, die sie traditionell besessen, bewohnt oder anderweitig genutzt haben. Internationale Standards – wie die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, UNDRIP) – bekräftigen ihre Rechte einschließlich des Rechts auf Selbstbestimmung und freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC). Diese müssen bei allen Entscheidungen, die ihr Land, ihre Ressourcen und Lebensweise betreffen, uneingeschränkt respektiert werden. Das gilt auch unabhängig von innerstaatlichen Landnutzungsclassifikationen der USA.

Die UNDRIP ist zwar für Staaten nicht rechtsverbindlich, verfügt aber über erhebliche normative Autorität. Expert*innen für Völkerrecht haben bestätigt, dass mehrere der darin festgelegten Rechte – darunter das Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht auf traditionelle Territorien und Ressourcen – das Völkergewohnheitsrecht widerspiegeln. Die USA haben zwar das Prinzip der FPIC nicht in ihrem innerstaatlichen Recht verankert, aber die UNDRIP gebilligt, sich ihren Zielen verpflichtet und sind Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (International Convention on the Elimination of Racial Discrimination, ICERD). Dessen Ausschuss hat die amerikanische Regierung wiederholt aufgefordert, sicherzustellen, dass Entscheidungen, die die Rechte indigener Völker unmittelbar betreffen, nicht ohne ihre Zustimmung getroffen werden.

„Für alle drei Bergbauprojekte wurde nie eine Zustimmung eingeholt, noch war dies ein Ziel der Konsultationen, die tatsächlich stattfanden“, sagte Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International. „Da diese Projekte ohne FPIC vorangetrieben werden, verstoßen die Vereinigten Staaten gegen internationale Menschenrechtsstandards und setzen die gleichen Muster der Enteignung fort, denen Indigene Völker seit Generationen ausgesetzt sind.“

KEINE BERGBAUAKTIVITÄTEN OHNE EINHALTUNG INDIGENER RECHTE

Gegenüber Amnesty International betonten die australischen und kanadischen Unternehmen Ioneer und Lithium Americas, dass sich die Projekte auf staatlichem Bundesland befänden und nach US-Recht keine freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Völker (FPIC) erforderlich sei. Sie verwiesen auf die von der Regierung geleiteten Konsultationsprozesse und ihre eigenen Bemühungen.

Lithium Americas gab zudem an, eine Vereinbarung (Community Benefits Agreement) mit einer der indigenen Tribes abgeschlossen zu haben, die von der Thacker-Pass-Mine betroffen sind. Befragte – darunter ehemalige Mitglieder des Rates der Tribes – erklärten jedoch gegenüber Amnesty Internatio-

nal, die Vereinbarung sei sehr einseitig zugunsten des Unternehmens gewesen und böte nur wenige nennenswerte Vorteile gegenüber den potenziell verheerenden ökologischen und kulturellen Auswirkungen durch die Mine. Amnesty International betonte, dass solche Vereinbarungen die Verpflichtung, die Zustimmung (FPIC) der Indigenen Völker einzuholen, nicht ersetzen.

Internationale Standards stellen außerdem klar, dass Unternehmen den höheren Standard einhalten müssen, auch wenn die nationalen Anforderungen weniger streng sind.

Zudem hat Kanada – anders als die USA – die UN-Erklärung über die Rechte Indigener Völker (UNDRIP) sowohl in nationales Recht als auch in das Provinzrecht von British Columbia aufgenommen, wo das Unternehmen Lithium Americas registriert ist.

„Alle Staaten haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass in ihrem Hoheitsgebiet registrierte Unternehmen die Menschenrechte im Ausland achten“, sagte Ketty Nivyabandi, Generalsekretärin der englischsprachigen Sektion von Amnesty International Kanada.

Von international agierenden Unternehmen wird erwartet, dass sie internationale Menschenrechtsstandards überall einhalten, wo sie tätig sind. Indem sie Projekte ohne FPIC vorantreiben, tragen sie zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei und erhöhen rechtliche, reputationsbezogene und finanzielle Risiken.

Amnesty International fordert die im Bericht genannten Unternehmen und ihre Investoren auf, dafür zu sorgen, dass kein Projekt ohne die Einhaltung des Rechts auf FPIC fortgesetzt wird.

Zudem fordert Amnesty International die US-Regierung auf, die Bundes- und Landesgesetze dringend zu reformieren und FPIC vorzuschreiben, bevor Projekte genehmigt werden, die angestammtes Indigenes Land betreffen. Unternehmen müssen nachweisen, dass sie FPIC – einem Eckpfeiler des Indigenen Rechts auf Selbstbestimmung – respektieren.

„Es ist äußerst besorgniserregend, dass die US-Regierung das Recht Indigener Völker, ihre Zustimmung zu erteilen oder sie zu verweigern, nicht respektiert und stattdessen Bergbauprojekte vorantreibt, die den Schutz der Menschenrechte weiter untergraben“, so Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International.

Quelle:

USA: Boom in lithium mining across Nevada is violating the rights of Indigenous Peoples,
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/05/usa-boom-in-lithium-mining-across-nevada-is-violating-the-rights-of-indigenous-peoples/> Amnesty International, May 12, 2026

Übersetzt und zusammengefasst von Marianne Kersten
Themenkoordinationsgruppe für Menschenrechte und Indigene Völker